

Jugendpolitisches Programm





Inhalt

- 5 **Vorwort**
- 7 **Familie**
- 9 **Kindheit**
- 10 **Schule**
- 12 **Ausbildung**
- 14 **Arbeit**
- 15 **Soziale Sicherung**
- 17 **Für eine Gleichstellung und Teilhabe
behinderter Menschen**
- 19 **Jugendhilfe**
- 20 **Barrierefreiheit**
- 22 **Zukunft**



Unsere politischen Programme

können Sie anfordern beim
Sozialverband Deutschland
Stralauer Straße 63
10179 Berlin
Tel. 030 72 62 22-0
Fax 030 72 62 22-311
kontakt@sovd.de

Barrierefreier Inhalt

www.sovd.de/jugendpolitisches-programm



VORWORT**Sebastian Freese,
Bundesjugendvorsitzender****Liebe Freundinnen und Freunde der SoVD-Jugend,**

seit über 45 Jahren setzt sich die Jugend im SoVD für die Interessen und Belange unserer Mitglieder ein, um Ungerechtigkeiten, Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Denn Menschen mit und ohne Behinderungen, Migranten und sozial Schwächere gehören nicht ausgegrenzt. Oft entstehen Vorurteile vor allem durch Berührungsängste und Unwissenheit. Es fehlt einfach das Bewusstsein mit der unbekannteren Situation umgehen zu können.

So befürwortet die SoVD-Jugend die UN-Behindertenrechtskonvention. Es ist wichtig, dass alle Kinder gemeinsam Kitas und Schulen besuchen und damit den Weg in die Arbeitswelt gleichberechtigt beschreiten können und dass Barrieren und Hindernisse im täglichen Leben abgebaut und überwunden werden. So hat auch jeder Mensch das Recht am kulturellen Leben teilzuhaben.

Doch leider geht die soziale Schere in Deutschland immer weiter auseinander und das mit schwerwiegenden Folgen. Darunter leiden besonders die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien sind davon besonders betroffen. Sie sind erwiesenermaßen in der Schule benachteiligt, können nicht am kulturellen Leben angemessen teilnehmen und

drohen in eine Armutsspirale zu fallen, die oftmals ihre Zukunft eklatant negativ bestimmt. Oft leidet darunter die Gesundheit und viele werden auch Opfer von Gewalt. Die soziale Herkunft darf nicht maßgeblich die Chancen vieler junger Menschen in der Zukunft negativ beeinflussen. Und genau dagegen wehren wir uns.

Dafür steht unser Jugendpolitisches Programm. Es ist unser Arbeitsauftrag, uns für Euch einzusetzen und für Verbesserungen zu kämpfen. Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderung und Barrierefreiheit sind unser oberstes Gebot. Denn eine funktionierende Gesellschaft kann nur dann Bestand haben, wenn sie auf einem solchen Fundament steht.

Ich würde mich sehr freuen, wenn auch Du mit uns für die Durchsetzung unserer Ziele streiten würdest. Mach mit in der SoVD-Jugend. Ich freue mich auf Dich!



Sebastian Freese
Bundesjugendvorsitzender

Familie

Noch nie waren Familienmodelle so vielfältig wie heute. Die Jugend im SoVD setzt sich für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft ein. Erforderlich sind verlässliche inklusive Betreuungsangebote sowie eine familiengerechte Unternehmenskultur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet. Flexiblere Betreuungsangebote erleichtern die Erwerbsarbeit und somit sinkt das Armutsrisiko. Für junge Menschen und Familien müssen auf kommunaler Ebene qualifizierte Beratungsstellen zur Verfügung stehen, die die notwendigen Hilfen koordinieren und Krisenintervention leisten. Für alle Kinder müssen, ungeachtet ihrer Herkunft, die gleichen umfassenden Rechte auf Zugang zu Bildung und Teilhabe bestehen. Inklusive Kindertagesstätten dürfen nicht nur der Betreuung, sondern müssen auch der Bildung dienen. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren muss konsequent umgesetzt und kostenfrei ausgestaltet werden. Die Jugend im SoVD fordert, Krippen und Kindertagesstätten auszubauen und eine bedarfsgerechte Personalausstattung sicherzustellen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen frühzeitig und nachhaltig sprachlich gefördert werden. Die Bildungspolitik muss sicherstellen, dass alle Kinder dem individuellen Bedarf entsprechend gefördert sowie inklusive Konzepte entwickelt und umgesetzt werden. Bildung für Kinder und Jugendliche muss kostenfrei gewährleistet sein.

Ein offener Zugang zum Studium muss auch dazu beitragen, den Anteil der Studierenden aus sozial benachteiligten Familien zu erhöhen. Mit einer bereichsübergreifenden Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik muss der wachsenden Kinder- und Familienarmut begegnet werden. In der reichen Bundesrepublik Deutschland ist jedes sechste Kind von Armut betroffen. Das zeigt der Datenreport 2018. Für Kinder bedeutet materielle Armut zugleich einen Mangel an Bildungschancen sowie an sicherer Gesundheitsversorgung und einen Mangel an Teilhabe. Die finanzielle und soziale Situation von Kindern und Jugendlichen ist vom Status der Eltern abhängig. Können beide Eltern erwerbstätig sein, so sind deren Kinder nachweislich in geringerem Maße von Armut und deren sozialen Folgen betroffen, als wenn dies nicht der Fall ist. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind deshalb ein unverzichtbarer und weiter zu verbessernder Baustein, um Kinderarmut zu bekämpfen und zu vermeiden.

Die Jugend im SoVD spricht sich darüber hinaus dafür aus, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegten Rechte der Kinder auf Schutz, Förderung und Teilhabe umfassend umzusetzen und im Grundgesetz zu verankern.

Kindheit

Je nachdem, in welches soziale Milieu ein Kind hineingeboren wird, genießt es von Geburt an Privilegien oder erleidet Benachteiligungen: Lebenschancen werden sozial vererbt. Die SoVD-Jugend fordert, dass sozial benachteiligte Kinder und Eltern ein Höchstmaß an Unterstützungen erhalten. Kinder aus allen sozialen Schichten benötigen bei Bedarf eine früh ansetzende Förderung. Inklusiv ausgerichtete Kindertagesstätten für Kinder bis drei Jahren mit gut ausgebildetem und ausreichendem Personal bieten hierfür gute Voraussetzungen. Die SoVD-Jugend fordert, dass der Beruf der Erzieher*innen aufgewertet und auch besser bezahlt wird.

Die Jugend im SoVD setzt sich außerdem dafür ein, dass die Kinderrechte in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden. In 14 der 16 Landesverfassungen sind Kinderrechte schon verankert. Der Bund ist hier in Zugzwang und sollte seinen Verantwortlichkeiten gerecht werden.

Eine gewaltfreie Erziehung muss eine Selbstverständlichkeit in Deutschland sein. Präventiv müssen Familien in Problemlagen familienbegleitende Dienste zur Verfügung gestellt werden.

Schule

Die SoVD-Jugend fordert, das föderale Schulsystem zu überwinden. Sie setzt sich gemäß Art. 24 der UN-Konvention über die Rechte von behinderten Menschen für eine Schule ein, in der alle Kinder gemeinsam in einer Schule für alle unterrichtet werden. Eine Verlängerung der Schulzeit durch „Sitzenbleiben“ muss ausgeschlossen sein. Die Förderung der Schüler*innen in den Schulen soll den individuellen Fähigkeiten entsprechen. Natürlich muss eine inklusive Schule für alle auf eine realistische finanzielle und personelle Ausstattung treffen, die verbindlich zur Verfügung gestellt werden muss. Finanzielle Vorbehalte bei der Umsetzung des Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention müssen ausgeschlossen sein. Die SoVD-Jugend fordert, dass einer sozialen Selektion in den deutschen Schulsystemen Einhalt geboten wird.

Bildung sollte nicht vom Geldbeutel der Eltern oder sonstigen nicht beeinflussbaren Gegebenheiten abhängen. Um gleiche Chancen für alle zu gewährleisten, fordert die Jugend im SoVD kostenfreie, individuelle Unterstützung für jedes Kind, unabhängig von der Klassenstufe oder des Leistungsstandes. Zusätzlich sollen die herkömmlichen Noten in sportlichen und kreativen Schulfächern abgeschafft werden, um kein Kind wegen Krankheit, Behinderung oder sonstiger Voraussetzungen zu benachteiligen. Außerdem muss auch kostenfreie Schüler*innenbeförderung realisiert werden und das bis zum Abitur. Ob ein Kind auf

die weiterführende Schule gehen kann, darf keine Frage des Geldes sein. Politikunterricht muss zum Ziel haben, Kinder in die Lage zu versetzen, eine eigene fundierte Meinung zu bilden. Da deutsche Schüler*innen im internationalen Vergleich im Umgang mit Computern Defizite haben, fordert die SoVD-Jugend ein Schulfach „Medienkompetenz“ an allen weiterführenden Schulen einzuführen.

Die personelle Ausstattung von Schule muss neben dem Lehrpersonal auch die schulärztliche, psychologische, sozialpädagogische und sonderpädagogische Betreuung gewährleisten. Vor Ort muss es zur Vernetzung mit erziehungsrelevanten Einrichtungen, wie den öffentlichen Trägern, Ämtern und Vereinen kommen. Neben baulichen Gegebenheiten muss auch der Unterricht barrierefrei gestaltet sein. Schulische Ausstattung und Lehrmittel haben grundsätzlich kostenfrei zu sein. Um jungen Menschen eine vollumfängliche Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, ist es unabdingbar, ihnen einen qualifizierenden Schulabschluss zu ermöglichen. Maßnahmen zur Vermeidung von Lernschwierigkeiten sollen präventiv erfolgen. Ein fehlender Schulabschluss bestimmt den Lebenslauf nachhaltig negativ. Zur individuellen Förderung und zu speziellen Hilfsangeboten, insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche, fordert die SoVD-Jugend, einen verstärkten Ausbau von Ganztagsangeboten sowie die Intensivierung beruflicher Orientierung im Rahmen der Sekundarstufe. Hier muss es zu einer massiven Aufstockung der finanziellen Mittel für begleitende Hilfsangebote kommen.

Ausbildung

Alle jungen Menschen sollen die Chance erhalten, auf dem ersten Ausbildungsmarkt eine Berufsausbildung zu absolvieren. Betriebe, die nicht ausbilden, sind zu einer Ausbildungsplatzabgabe verpflichtet. Die SoVD-Jugend fordert, dass die Betriebe in Deutschland ihrer gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen nachkommen müssen. Für die SoVD-Jugend bedeutet ein qualifizierter und anerkannter Ausbildungsabschluss einen erfolversprechenden Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt nach der Ausbildung. Die SoVD-Jugend erwartet von allen Akteur*innen im Arbeitsmarkt, dass sie mehr behinderte Menschen ausbilden.

Die meisten deutschen Hochschulen sind bis heute noch immer nicht komplett barrierefrei. Für einen freien Zugang zu Studium, Ausbildung, Forschung und Lehre ist die Barrierefreiheit unabdingbar. Die Jugend im SoVD fordert, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit Inklusion in der Hochschulbildung gelebt werden kann und herkömmliche hochschulische Strukturen aufgebrochen werden, damit auch behinderte Studierende vollumfänglich teilhaben können. Viele Prüfungsordnungen sind immer noch nicht darauf ausgerichtet, behinderte Studierende in den Studienalltag zu inkludieren. Hier ist dringend eine Flexibilisierung nötig, um für alle Studierenden Chancengleichheit herzustellen. Darüber hinaus setzt sich die

SoVD-Jugend für eine Stärkung des BAföGs vor Krediten ein.
Eine Finanzierung des Erststudiums über Kredite durch den privaten Bankensektor lehnt die SoVD-Jugend ab.

Arbeit

Die SoVD-Jugend fordert für geleistete Arbeit einen gerechten Lohn, der den Lebensbedarf ausreichend deckt. Der Mindestlohn ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es darf keine Ausnahmen geben. Die Vielzahl der prekären Arbeitsverhältnisse muss durch Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkt werden. Praktikumsstellen sind kein adäquater Einstieg ins Erwerbsleben. Die SoVD-Jugend tritt für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze mit fairen Löhnen ein. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nach wie vor nur die Ausnahme bilden, um die Lebensplanung junger Menschen verlässlich zu gewährleisten. Für die berufliche Inklusion von behinderten Menschen tragen alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber*innen eine besondere Verantwortung. Sie müssen ihrer im Schwerbehindertenrecht festgelegten Beschäftigungspflicht endlich in vollem Umfang nachkommen. Ohne Erfüllung dieser Verpflichtung bleiben alle Maßnahmen der beruflichen und sozialen Inklusion fragwürdig. Aus diesem Grund ist die Ausgleichsabgabe für jeden unbesetzten Pflichtplatz drastisch zu erhöhen und darf nicht steuerlich geltend gemacht werden.

Menschen mit psychischen Behinderungen brauchen vor allem im Beruf mehr Rückhalte und individuelle Hilfsmaßnahmen.

Soziale Sicherung

Die SoVD-Jugend fordert, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig und solidarisch zu gestalten. Das Ziel der SoVD-Jugend ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu überwinden und allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen. Die SoVD-Jugend setzt sich dafür ein, dass alle Bürger*innen eine hochwertige Gesundheitsversorgung für sich in Anspruch nehmen können. Die SoVD-Jugend verurteilt eine Zwei-Klassen-Medizin und fordert eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger*innen einbezogen werden.

Die rentenpolitische Diskussion darf nicht nur als ein Thema der älteren Generation angesehen werden. Auch junge Menschen wollen jetzt und später in einer solidarischen Gesellschaft leben. Auch wenn das Renteneintrittsalter der heute 25-Jährigen 2060 in weiter Zukunft liegt, werden die Weichen dafür in der heutigen Rentenpolitik gelegt. Jede*r sollte im Alter von seiner Rente leben können.

Die SoVD-Jugend fordert eine Stärkung der Pflege junger Pflegebedürftiger. Eine Sensibilisierung für das Thema allein reicht nicht aus. Zusätzlich ist es notwendig, die gutachterlichen Fragebögen insgesamt anzupassen und die speziellen Bedürfnisse junger Menschen mit Pflegebedarf zu berücksichtigen. Es gilt hierbei eine adäquate angemessene Versorgung junger Pflegebedürftiger fernab von Altenpflegeheimen sicherzustellen, vorzugsweise in

vertrauter Umgebung. Pflege muss in einen aktiven Alltag zwischen Schule, Arbeit, Werkstätten und Therapien passen. Jeder Lebensphase können unterschiedliche Bedürfnisse der Pflege zugeordnet werden, denen bisher nicht Rechnung getragen wird. Weiterhin setzt sich die SoVD-Jugend für eine Stärkung der Arbeitslosenversicherung ein. Die Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten und Arbeitslosen muss verbessert werden. Die SoVD-Jugend fordert die massiv verschlechterte soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit wiederherzustellen und junge Menschen individuell zu betreuen und zu fördern. Die Jugend im SoVD macht sich dafür stark, die verschärften Sanktionsregelungen für junge Menschen unter 25 Jahren im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) abzuschaffen. Alle Menschen haben ein Grundrecht auf ein würdevolles Leben und ein Einkommen, das dies ermöglicht. Die SoVD-Jugend fordert eine transparente und gerechtere Berechnung der Leistungsansprüche von SGB-II-Leistungen. Familien mit Kindern bedürfen einer besonderen Förderung durch den Staat. Eine Stigmatisierung und Schlechterstellung durch den Bezug von SGB-II-Leistungen verurteilt die SoVD-Jugend. Der Staat muss alle Möglichkeiten nutzen, um eine gleichwertige Teilnahme von Kindern aus transferleistungsbeziehenden Familien am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Für eine Gleichstellung und Teilhabe behinderter Menschen

Behinderte Menschen haben einen Anspruch darauf, dass die Gesellschaft ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe achtet und umsetzt. Die Stärke eines Sozialstaates zeigt sich gerade darin, inwieweit er die Rechte behinderter Menschen im Alltag stärkt und eine inklusive Gesellschaft gestaltet. Hier besteht in Deutschland erheblicher Handlungsbedarf.

Eine persönliche Assistenz muss für behinderte Menschen bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Dies muss gesetzlich verpflichtend sein und der Staat muss hierfür die finanziellen Mittel bereitstellen.

Die SoVD-Jugend fordert weiterhin, dass Konzept der Werkstätten für behinderte Menschen i.S.d. SGB IX so anzupassen, dass es konform mit der seit 26. März 2009 geltenden UN-Behindertenrechtskonvention ist, um behinderte Menschen eine vollumfängliche Teilhabe und damit vor allem auch einen Übertritt in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das derzeitige Konzept der Werkstätten ist so ausgestaltet, dass Menschen mit Behinderungen vom allgemeinen Arbeitsmarkt ferngehalten werden, anstatt einen Übergang zu unterstützen. Im Gegensatz zur Zahlung eines existenzsichernden Arbeitsentgeltes wird mit Leistungen der Grundsicherung oder Erwerbsminderungsrente dafür gesorgt, Menschen mit Behinderungen nachhaltig an diese Form der Beschäftigung zu binden. Dabei dienen Werk-

stätten als Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation unter anderem dazu, gemäß § 136 Abs. 1, S. 2 SGB IX, den Übergang geeigneter Personen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen zu ermöglichen. Dieser Aufgabe wird in der gängigen Praxis jedoch nur unzureichend nachgekommen. Es muss ein zukunftsfähiges Konzept gefunden werden, das die aktive Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen vom allgemeinen Arbeitsmarkt beendet, ohne dabei den besonderen sozialen Schutz hinsichtlich der Existenz- und Alterssicherung, der derzeit an eine Werkstattbeschäftigung geknüpft ist, zu mindern.

Den Belangen von behinderten Frauen und Mädchen muss besonders Rechnung getragen werden. Behinderte Frauen und Mädchen werden oft doppelt benachteiligt: aufgrund der Behinderung und als Frau und Mädchen. Die SoVD-Jugend setzt sich mit Nachdruck dafür ein, gezielt Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung ihrer Rechte zu ergreifen. Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie Angebote der Rehabilitation müssen den Lebenslagen behinderter Frauen und Mädchen stärker Rechnung tragen. In der Arbeitsmarktförderung sind gezielt Programme und Ressourcen zur verbesserten beruflichen Teilhabe behinderter Frauen vorzusehen.

Hilfs- und Beratungseinrichtungen müssen konsequent barrierefrei sein, zumal behinderte Frauen fast doppelt so häufig Gewalt erleben wie Frauen ohne Behinderungen. In Einrichtungen der Behindertenhilfe ist der Schutz vor Gewalt zu verstärken, zum Beispiel durch Frauen- und Gewaltbeauftragte.

Jugendhilfe

Die SoVD-Jugend fordert die Kinder- und Jugendhilfe weiterzuentwickeln. Ein Leistungsangebot für behinderte Kinder und Jugendliche, das sich primär an der Lebenslage „Kindheit und Jugend“ orientiert, entspricht dem Inklusionsgedanken der UN-BRK und ist nach Ansicht der Jugend im SoVD lange überfällig. Bisher gewährt das SGB VIII jedoch nur Kindern mit seelischen Behinderungen Unterstützungsleistungen. Alle jungen Menschen sind zunächst einmal Kinder oder Jugendliche und haben erst in zweiter Linie eine Einschränkung. Die Jugend im SoVD begrüßt, die eine Reform zur Schaffung eines inklusiven SGB VIII wieder aufgegriffen und in einem dialogischen Prozess gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden sowie den Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe fortgesetzt werden soll. Weiterhin müssen alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe künftig inklusiv ausgestaltet werden. Bei einer Verlagerung in die Kinder- und Jugendhilfe müssen alle Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII/ BTHG im SGB VIII übernommen werden. Es darf dabei weder zu einer Leistungsver schlechterung für Kinder und Jugendliche mit körperlicher oder geistiger (drohender) Behinderung kommen, noch zu Ausweitungen der Kosten- und Unterhalts heranziehung der Eltern behinderter Kinder.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit ist für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine Grundvoraussetzung. Die SoVD-Jugend fordert daher, schnellstmöglich und umfassend in allen Lebensbereichen für mehr Barrierefreiheit zu sorgen.

Noch sind nicht alle öffentlichen Gebäude hinreichend barrierefrei ausgestattet oder der Zugang zu diesen Gebäuden ist davon abhängig, dass bestimmte Mitarbeiter*innen vor Ort sind.

Es mangelt nach wie vor an ausreichend barrierefreiem Wohnraum. Die SoVD-Jugend fordert, bei sämtlichen öffentlichen Bauvorhaben künftig die örtlichen Behindertenbeauftragten oder entsprechenden Institutionen hinzuzuziehen, um bereits in der Planungsphase auf entsprechende Barrieren aufmerksam machen zu können. Gleiches gilt für die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen. Hier muss der Grundsatz Barrierefreiheit vor Denkmalschutz gelten.

Darüber hinaus kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit Behinderung von der Möglichkeit den Öffentlichen Personenverkehr zu nutzen, ausgeschlossen werden. So sind Bahnsteige durch fehlende oder defekte Aufzüge oft mit dem Rollstuhl nicht erreichbar. Barrierefreiheit ist für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine Grundvoraus-

setzung. Die uneingeschränkte Mobilität von Menschen mit Behinderung im ÖPNV muss endlich sichergestellt werden.

Die SoVD-Jugend fordert darüber hinaus, den flächendeckenden Netzausbau verstärkt voranzutreiben. Insbesondere fordern sie den Ausbau und die Förderung des Glasfasernetzes als nachhaltige und langfristige Lösung. Die zunehmende digitale Vernetzung erleichtert Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen die Teilhabe am Leben (zum Beispiel Gehörlosen in der Kommunikation mit Skype). Überall in Deutschland soll es ein hochleistungsfähiges Internet durch flächendeckende Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk geben.

Zukunft

Der Sozialverband Deutschland ist als Kriegsofferverband mit den Auswirkungen zweier großer Weltkriege konfrontiert worden. In vielen Regionen der Erde gibt und kommt es immer noch zu menschenverachtenden kriegerischen Handlungen. Die SoVD-Jugend verurteilt aggressive Kriegstätigkeiten weltweit. Die Staatengemeinschaft hat diesen weltweit entgegenzutreten. Hier ist ein konsequentes Handeln der Vereinten Nationen einzufordern.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie muss gestärkt und erhalten bleiben. Wir erleben auch in Deutschland verstärkt Populismus, Hass, Hetze und Ausgrenzung. Die SoVD-Jugend positioniert sich direkt gegen Nazis und die Rechte Szene. Die Jugend im SoVD setzt sich für ein friedliches Miteinander ein.

Wir befinden uns in einem bedrohlichen Klimawandel. Die aktuellen Entwicklungen zwingen die Menschheit zur wohl größten Herausforderung seit Jahrhunderten. Der Umbau der weltweiten Wirtschaft auf umweltverträgliche Produktionsweisen wird massive Forschungsressourcen benötigen. Die SoVD-Jugend fordert den konsequenten Umbau der Energieversorgung auf alternative, ressourcenschonende Energien. Mit einer nachhaltigen Energie-, Industrie- und Umweltpolitik kann es der Menschheit gelingen, die eklatantesten Auswirkungen des

Klimawandels erträglich zu gestalten. Die einzuleitenden Maßnahmen haben kurzfristig, also ab sofort, zu erfolgen.

Die SoVD-Jugend begrüßt die Einwanderung von Fachkräften und setzt sich für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Sie tritt auch für einen fairen Handel ein und stellt sich entschieden dagegen, dass Deutschland selbst Fluchtursachen schafft.

Als Basis eines geeinten Europas müssen verbindliche Sozialstandards geschaffen werden, die allen Bürger*innen der Europäischen Union soziale Sicherheit und Teilhabemöglichkeiten bieten. Die SoVD-Jugend ist der festen Überzeugung, dass ein geeinigtes Europa Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völkergemeinschaft ist. Im europäischen Kontext stellt sich die SoVD-Jugend gegen jegliche rechtspopulistischen Tendenzen, die einem europäischen Inklusionsprozess entgegenwirken. Die SoVD-Jugend fordert die konsequente Umsetzung der von der Europäischen Union ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen sowie die Stärkung der europäischen Jugendarbeit.



Du bist ein Teil des Ganzen

Wir sind die **Jugendorganisation** des **Sozialverband Deutschland e. V.** und stehen für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen und für soziale Gerechtigkeit. Bei uns treffen sich junge Menschen, um gemeinsam Projekte zu gestalten, ihre Freizeit zu verbringen und Spaß zu haben.



Wir wollen nicht gleich die ganze Welt verändern, aber doch unseren Teil dazu leisten, dass alle Menschen selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft teilhaben können.

Wir wollen eine inklusive und solidarische Gesellschaft, die allen jungen Menschen Chancengleichheit ermöglicht. Dazu sind wir auch in der Jugend- und Sozialpolitik tätig und vertreten Deine Interessen.

Weitere Infos unter

> www.sovd.de/der-sovd/organisation/sovd-jugend

Impressum

Sozialverband Deutschland e. V.
Stralauer Straße 63
10179 Berlin
Tel. 030 72 62 22-0
Fax 030 72 62 22-311
kontakt@sovde.de
www.sovde.de

Verfasser

Abteilung Sozialpolitik

Titelbild

© Galina Barskaya - stock.adobe.com

Bildquellen

S. 2 © Maygutyak - stock.adobe.com

S. 4 © Galina Barskaya - stock.adobe.com

S. 25 © Morgan DDL - stock.adobe.com

Druck

ARNOLD group – Großbeeren

© Sozialverband Deutschland e. V., 2019